

Süddeutsche Zeitung

Online-Ausgabe vom 14. 11. 2005

(www.sueddeutsche.de)

Parteitage

"Lasst es uns versuchen"

Die künftigen Spitzen der neuen Bundesregierung, Angela Merkel und Franz Müntefering, haben bei Parteitag von CDU und SPD eindringlich für Zustimmung zur großen Koalition geworben. Auch der scheidende Bundeskanzler Schröder hat klar seine Zustimmung ausgesprochen.



Schröder umarmt SPD-Chef Müntefering beim Parteitag in Karlsruhe.
Foto: AP

Die künftigen Spitzen der neuen Bundesregierung, Angela Merkel und Franz Müntefering, haben bei Parteitag von CDU und SPD eindringlich für Zustimmung zur großen Koalition geworben.

Die designierte Kanzlerin Merkel nannte das Bündnis mit der SPD beim kleinen Parteitag in Berlin die „einzig verantwortbare Perspektive“.

Merkel setzte sich gegen die Kritik aus der Wirtschaft und den eigenen Reihen zur Wehr. Eine neue Redlichkeit müsse in die öffentliche Diskussion einziehen. „Sonst kommen wir in diesem Land nicht weiter“, rief die CDU-Chefin vor rund 100 Delegierten.

CDU und CSU billigen Koalitionsvereinbarung

Die CDU hat die Koalitionsvereinbarung mit der SPD unterdessen gebilligt. Der kleine Parteitag der Christdemokraten stimmte dem Vertrag mit großer Mehrheit zu. Von 116 anwesenden Delegierten stimmten nur drei mit Nein. Es gab eine Enthaltung. Merkel dankte für das Abstimmungsergebnis. Es zeige, dass die CDU Verantwortung für das Land übernehme. Ihr sei bewusst, dass der Weg nicht einfach sein werde, sagte sie.

Auch die CSU-Spitze hat einstimmig grünes Licht für den Start der großen Koalition gegeben. Der Vorstand billigte in München ohne Gegenstimmen den zwischen Union und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag.

Wirtschaft lobt Koalitionsvertrag

"Eindeutig ein positives Signal"

Kaum hatten sich die künftigen Bündnispartner auf ein Regierungsprogramm geeinigt, hagelte es harsche Kritik von vielen Seiten. Kurz vor den Parteitagen von CDU, CSU und SPD meldeten sich nun prominente Stimmen, die das Vertragswerk loben.

Unruhen Frankreich

Le Pen fühlt sich von Sarkozy kopiert

Die Krawalle von vorwiegend aus Einwandererfamilien stammenden Jugendlichen in Pariser Vorstädten passen den Rechtsextremisten im Land gut ins Konzept. Die einschlägigen Parteien könnten hohe Zuläufe verzeichnen – wäre da nicht Innenminister Nicolas Sarkozy, der in rechten Gewässern fischt.

Der Nahost-Konflikt

Terror, Diplomatie, Dauerkrise

Wer in Israel und Palästina das Sagen hat, welche Friedenspläne es gibt und warum bisher alle gescheitert sind.

Deutscher Soldat getötet

Taliban bekennen sich zu Anschlag in Kabul

Ein deutsches Mitglied der Internationalen Schutztruppe sowie fünf Afghanen sind durch das Attentat ums Leben gekommen. Die radikalen Islamisten haben die Verantwortung übernommen.



Afghanische Polizisten sichern den Tatort des zweiten Anschlags in Kabul.
Foto: AP

Auch für den kurz darauf verübten zweiten Selbstmordanschlag seien die Rebellen verantwortlich, sagte der neue Taliban-Sprecher Qari Yousif Ahmadi in der afghanischen Hauptstadt.

Unter den fünf getöteten Afghanern soll auch der Attentäter sein. Zunächst waren zwei tote Deutsche befürchtet worden.

Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) hat ein deutsches Todesopfer sowie einen Schwer- und einen Leichtverletzten bestätigt.